

»Heute ihr, morgen wir?«

Prominente Referenten und zahlreich erschienene Zuhörer sorgten dafür, dass der 1. Lebensrechtskongress der »Aktion Lebensrecht für Alle« in Fulda ein Erfolg wurde. Thematisch ging es um den Schutz des Lebens am Anfang und am Ende.

Von Cornelia Kaminski

Herr Zöller, ich frage Sie jetzt mal ganz direkt: Warum soll ich als Lebensschützer die CDU wählen? Was wird Ihre Partei besser machen als Rot-Grün?« Mit dieser Frage hatte ein Diskussionsteilnehmer das Anliegen vieler ALfA-Mitglieder im Anschluss an den Vortrag von Wolfgang Zöller, der vor über hundert Zuhörern engagiert und pointiert vorgetragen wurde, auf den Punkt gebracht. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag war um eine Antwort nicht verlegen. Selbst ALfA-Mitglied und überzeugter Fußschenträger – mittlerweile prangt ein Exemplar an jedem

seiner Jackets, weil dies das Umstecken erspart – ließ keinen Zweifel daran, dass mit einer allein regierenden CDU in Lebensrechtsfragen einiges, mit einem Koalitionspartner FDP sehr viel weniger zu erreichen sei. Konkret nannte er dabei die Problematik der Spätabtreibungen – hier hatte die CDU bereits in der Vergangenheit drei Versuche gestartet, diese gesetzlich zu verbieten, scheiterte aber jedesmal an der rot-grünen Mehrheit. Zwar äußerten die anwesenden Diskussionsteilnehmer Bedenken, ob die CDU tatsächlich an einer Intensivierung des Lebensschutzes in Deutschland interessiert sei (schließlich war Katharina Reiche,

die zum Beispiel in Fragen der verbrauchenden Embryonenforschung eine für Lebensrechtler inakzeptable Position vertrat, Mitglied des Schattenkabinetts von Edmund Stoiber), doch dass dies ganz sicher nicht an Wolfgang Zöller liegen würde, darüber bestand keinerlei Zweifel. Für Aussagen wie »Ein Land, das 7 Millionen Abtreibungen protestlos hinnimmt, braucht sich nicht zu wundern, dass es nun zu wenig Kinder hat«, ist die ALfA ihm dankbar. Leute mit Kindern, so Zöller weiter, dürfen nicht finanziell schlechter dastehen als solche ohne. Diese könnten sich später nicht einfach ohne weiteres auf die Solidargemeinschaft jener

verlassen, die die Kinder bekommen haben. Unsere Gesellschaft müsse aktiv werden: »Es kann nicht sein, dass es in einer Großstadt leichter ist, eine Wohnung zu bekommen, wenn man sich ein Krokodil hält als wenn man Kinder hat,« formulierte Zöller, und machte damit eindrücklich klar, dass in Fragen der Kinderfreundlichkeit in Deutschland vieles schief läuft. So schlug er beispielsweise vor, den Beitragssatz in der Pflegeversicherung zwar um ein Prozent anzuheben, gleichzeitig jedoch jeder Familie 5 Euro Rabatt pro Kind zu gewähren. Schließlich ist davon auszugehen, dass Kinderlose im Alter mit einer sehr viel höheren Wahrscheinlichkeit auf fremde Hilfe und damit Leistungen aus der Pflegeversicherung angewiesen sein werden als jene, die im Alter auch mit der Hilfe ihrer eigenen Kinder – die zudem als Erwerbstätige in die Sozialkassen einzahlen – rechnen können.

Ein Staat, der sich nicht auf Grundwerte bezieht – und ein solcher Grund-

»Wir brauchen mehr Christen in der Politik.«

Wolfgang Zöller, CSU-Politiker u. ALfA-Mitglied

wert ist die Achtung vor jeder Form menschlichen Lebens und der Familie als Keimzelle der Gesellschaft – fährt alle Systeme an die Wand. Werte müssen jedoch vorgelebt werden, eben auch von Politikern, forderte Zöller, und: »Wir brauchen mehr Christen in der Politik!« Für Wolfgang Zöller ist das Eintreten für christliche Werte auch im politischen Leben eine Selbstverständlichkeit – so erklärt er gern einem verdutzten Bundestagspräsidenten, dass seine Füßchenanstecker kein Ehrenabzeichen für »Langstrecken-Barfuß-Wanderungen« sind, sondern mit seinem Engagement für Ungeborene zu tun hat. Dass es schön wäre, wenn in politisch verantwortlichen Positionen mehr Menschen zu finden sind, die sich in ähnlich unerschrockener Weise zu ihren christlichen Grundsätzen bekennen, darin waren sich die Zuhörer am Samstagvormittag nach der zweiten großen Veranstaltung des 1. Fuldaer Lebensrechtskongresses einig.

Am Abend zuvor hatten bereits Bischof Heinz Josef Algermissen, Wolfgang Aschenbrenner, Rainer Beckmann, Eugen Brysch und Rob Jonquiere engagiert über das Thema »Euthanasie: Heute ihr, morgen wir?« miteinander diskutiert. Durch die Diskussion führte Dr. Kai Witzel,

Chirurg und ärztlicher Direktor des Helios St. Elisabeth Krankenhauses in Hünfeld. Bereits in seinem Eingangsstatement ließ Bischof Algermissen keinen Zweifel daran aufkommen, wo die katholische Kirche in dieser Debatte zu finden ist: »Nur Gott allein steht es zu, über Leben

und Tod zu entscheiden. Die Befürworter der Euthanasie werden unter allen Umständen immer mit dem massiven Protest der katholischen Kirche rechnen müssen. Der Einsatz für das Lebensrecht und den Lebensschutz aller Menschen ist und bleibt unaufgebar Teil ihrer Überzeugung«, stellte der Bischof fest und ertotete dafür reichen Applaus der Anwesenden. Wie notwendig dieser Einsatz ist, so Algermissen weiter, ergebe sich aus der Tatsache, dass

beispielsweise der Europarat in Straßburg zum wiederholten Mal mit dem Euthanasiebericht des Schweizer Dick Marty befasst war, der eine Aufweichung der ablehnenden Haltung des Europarats zur Euthanasie zum Ziel hat. Genau solche stets wiederkehrende Initiativen seien es jedoch, die die Unantastbarkeit menschlichen Lebens in seiner Anfangs- und Endphase erschüttern. Die ursprünglich hinter dem Begriff »Sterbehilfe« liegende Vorstellung, eine Hilfe im Sterben gewähren zu wollen, sei nämlich gar nicht gemeint: Intendiert sei vielmehr die aktive Tötung Schwerkranker und Pflegebedürftiger aus unterschiedlichen Beweggrün-

»Nur Gott steht es zu über Leben und Tod zu entscheiden.«

Fuldas Bischof Heinz Josef Algermissen

den. Wer jedoch Sterbehilfe als Akt des Mitleids mit Langzeitkranken rechtfertigen wolle, verkenne den Sinn der allerletzten Phase menschlichen Lebens, die ebenso wie alle anderen Phasen von Gott gewollt, begleitet und gesegnet sei.

Rainer Beckmann, Sachverständiger in der Enquete-Kommission »Ethik und Recht der modernen Medizin« des Deut-

schen Bundestags, legte eindrücklich dar, was die Debatte um Sterbehilfe in Gang hält: In Deutschland, so Beckmann, gäbe es immer mehr alte und kranke Menschen, die sich in unserer Leistungs- und Spaßgesellschaft an den Rand gedrängt fühlten und Angst vor Vereinsamung hätten. Der



Erschienen in Fulda besonders zahlreich: Die Delegierten der ALfA.

vielfach geäußerte Wunsch auf Behandlungsverzicht oder gar aktive Sterbehilfe sei daher häufig gar kein Ausdruck autonomer Selbstbestimmung, sondern maßgeblich verursacht durch Angst vor mangelnder Schmerzbekämpfung, vor Übertherapie, vor Einsamkeit und davor, anderen zur Last zu fallen. Sterben in Würde als sinnvolles Gegenkonzept zur Euthanasie sei am besten durch eine stärkere Förderung der Palliativmedizin und der Hospizbewegung zu erreichen. Das waren Worte, die vom Geschäftsführer der Deutschen Hospiz-Stiftung, Eugen Brysch, gern gehört wurden. Er rechnete vor, dass in der deutschen Pflegekasse bereits heute 820 Millionen Euro fehlen, die Zahl der Pflegebedürftigen sich bis 2040 jedoch nahezu verdoppelt haben dürfte. Der Ruf nach einer einfachen Lösung, wie sie die Euthanasie darzustellen scheint, sei daher nicht weiter erstaunlich. Brysch forderte stattdessen eine Enttabuisierung von Tod und Sterben im gesellschaftlichen Diskurs. Tote und Sterbende benötigten die Akzeptanz und das Engagement der gesamten Gesellschaft. Um dies zu erreichen, seien gesundheitspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine professionelle Begleitung Sterbender und Schwerstkranker ermöglichen. Eine solche Palliative Care, die neben Schmerztherapie auch seelsorgliche und psychosoziale Betreuung sowie qualifizierte

Pflege beinhalte, erführen derzeit lediglich zwei Prozent aller Betroffenen.

Rob Jonquiere von der niederländischen Vereinigung für ein freiwilliges Lebensende (NVVE) zeigte sich überzeugt, dass in jedem Krankenhaus der Welt, in Deutschland genau wie in den Niederlanden, Euthanasie praktiziert werde, hier jedoch in einer Grauzone, in den

»90 Prozent der Fälle werden nicht als Euthanasie deklariert.«

Niederlanden hingegen offen und für jedermann nachprüfbar, wodurch eine besondere Sorgfalt der handelnden Ärzte sicher gestellt sei. Die von starkem Pragmatismus geprägte Rechtsprechung in den Niederlanden habe schließlich zur heute bestehenden gesetzlichen Regelung der Euthanasie geführt, die Jonquiere nachfolgend darstellte. Der euthanasierende Arzt in den Niederlanden muss demnach überzeugt sein, dass der Patient freiwillig und wohlüberlegt zu dem Schluss gekommen ist, dass er sterben will, er muss sicher sein, dass es sich um ein schweres, auswegloses Leiden handelt, er muss zudem festgestellt haben, dass es keine vertretbare andere Lösung gibt und einen weiteren unabhängigen Arzt kon-

nicht weit genug geht: »Man hat kein Recht auf Euthanasie. Man hat das Recht, um Euthanasie zu bitten. Eine richtige Autonomie bedeutet jedoch: Ich will sterben und der Arzt ist nur ein Instrument«, so Jonquiere.

Der Vorstellung, in den Niederlanden herrsche bezüglich der Euthanasie tatsächlich Transparenz und Kontrolle, widersprach jedoch der Kinderarzt Dr. Wolfgang Aschenbrenner mit deutlichen Worten. Seine Erfahrungen als Kinderarzt am Universitätskrankenhaus Nijmegen in den Niederlanden hätten gezeigt, dass nur in den wenigsten Fällen ein ordnungsgemäßes Verfahren der Euthanasie vorausgeht. In mehr als 90 Prozent der Fälle wurde eine Euthanasie nicht als solche deklariert, hierzu zähle zum Beispiel der Abbruch der Nahrungszufuhr bei schwer kranken Säuglingen oder Frühgeborenen. Auch seien 100 fache Überdosen Morphium an Patienten, die man »aufgegeben« hatte, keine Ausnahme, sondern eher die Regel gewesen. Aschenbrenner konnte beobachten, dass dies Auswirkungen auf die Geisteshaltung der Menschen hatte. Eltern fragten verstärkt bei unerwartet kranken Neugeborenen nach Kindereuthanasie oder äußerten ihr Bedauern, dass nicht auf Grund einer vorgeburtlichen Diagnose eine Abtreibung durchgeführt werden konnte. Eltern, die sich für das Leben mit ihrem behinderten oder schwer kranken Kind entschieden haben, würden mit Vorwürfen konfrontiert, und Kinder, die schwer oder unheilbar erkrankt waren, hätten Angst, euthanasiert zu werden.

Die Sorge, dass sich eine euthanasiefreundliche Stimmung auch in Deutschland rasch ausbreiten könnte, teilte Aschenbrenner in Fulda mit vielen Anwesenden. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland habe er bereits bemerkt, dass sich hier ein Klima ausbreite, welches ein Überleben kranker oder behinderter



Der Tod auf Rezept: Pure Fiktion, aber wie lange noch?

Kinder deutlich erschwere – eine Einschätzung, die Eugen Brysch für die von ihm vertretene Interessengruppe der Schwerstkranken und Sterbenden ebenfalls teilt.

Der 1. Fuldaer Lebensrechtskongress der Aktion Lebensrecht für Alle sollte dazu dienen, die Debatte um die Art, wie mit kranken oder alten Menschen umge-

»Ich will sterben und der Arzt ist nur ein Instrument.«

Rob Jonquiere (NVVE)

gangen werden muss, in die Gesellschaft hineinzutragen und zu einer begründeten, informierten Stellungnahme befähigen. Angesichts des hohen Niveaus, auf dem diskutiert wurde, der erfreulich großen Teilnehmerzahl und der Medienresonanz darf dies als gelungen gelten.

IM PORTRAIT

Cornelia Kaminski

ist Mitglied im Bundesvorstand der Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA) und hat gemeinsam mit anderen den 1. Lebensrechtskongress der ALfA in Fulda organisiert.

Die Studienrätin ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern.



Stand Rede und Antwort: Unions-Gesundheitsexperte Wolfgang Zöllner (l.).

sultieren. Schließlich muss er die Euthanasie einer Prüfungskommission melden. Diese besondere Kontrolle und Transparenz sei, so Jonquiere, ein entscheidendes Kriterium für die Befürwortung einer Regelung der Euthanasie nach niederländischem Vorbild, die allerdings den etwa 100.000 Mitgliedern der NVVE noch